

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
und das Regierungspräsidium
an das Sächsische Staatsministerium
der Finanzen
Carolaplatz 1

01097 Dresden

Ort _____, den _____

Fernsprecher _____

Aktenzeichen _____

Zutreffendes bitte ankreuzen

Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung

- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Satz 2 Nr. 1 FAG
- zur Förderung von Gutachten zur Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Satz 2 Nr. 1 FAG
- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung zum Abbau infrastruktureller Defizite gemäß § 22 Satz 2 Nr. 1 FAG
- zur Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen gemäß § 22 Satz 2 Nr. 2 FAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der Antrag bezieht

Aufgestellt auf Grund

- des Haushaltsplanes _____
- des Nachtragshaushaltsplanes _____
- der Jahresrechnung _____

am _____

a) Allgemeine Kennziffern

	TEUR	EUR/Einwohner
1. Haushaltsvolumen		
davon: Verwaltungshaushalt		
Vermögenshaushalt		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner
2. Anzahl der Stellen in: der Kernverwaltung		
den nachgeordneten Einrichtungen		
3. Zahl der Eigen- und Beteiligungsgesellschaften ¹		***
	TEUR	EUR/Einwohner
4. Schuldenstand zum a) Antragsstichtag		
b) 31. Dezember des Jahres, in dem der Fehlbetrag entstanden ist (ohne Kassenkredite)		
Kassenkredite zum c) Antragsstichtag		
5. Finanzierungssaldo nach der Finanzierungsübersicht		

b) Hebesätze zum Antragsstichtag

1. Grundsteuer A in vom Hundert _____
2. Grundsteuer B in vom Hundert _____
3. Gewerbesteuer in vom Hundert _____

c) Angaben zur Haushaltsstruktur (Verwaltungshaushalt)

	Gruppierungs- Nummer laut Gruppierungsplan	TEUR	EUR/Einwohner
1. Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	299		
davon: Grundsteuer A und B	001, 002		
Gewerbesteuer (brutto)	003		
Gebühren, Entgelte, und Ähnliches	10–15, 21, 263, 265		
Allgemeine Finanzausweisungen	041		
Kreisumlage ²	072		
Zuführung von Vermögens- an Verwaltungshaushalt	28		
2. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	899		
davon: Personalausgaben	4		
Zinsausgaben am Kreditmarkt	808		
Kreisumlage	832		
Zuführung von Verwaltungs- an Vermögenshaushalt	86		
3. Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt	299./899		

¹ Genaue Auflistung in der Begründung mit Jahresabschlüssen, Personalstellen und Zuschussbedarf

² nur Landratsämter

	Gruppierungs- Nummer laut Gruppierungsplan	TEUR	EUR/Einwohner
4. kalkulatorische Abschreibungen	680		
5. Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt = Ordentliche Tilgungen + Kreditbeschaffungskosten	970-977 990		

d) – Stand der allgemeinen Rücklage per 1. Januar des laufenden Jahres _____ EUR

– Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 KomHVO _____ EUR

III. Kosten eines Gutachtens

a) Kosten des Gutachtens _____ EUR

b) Beginn der Maßnahme/geplanter Fertigstellungstermin _____ / _____

IV. Höhe des Fehlbetrages/der außergewöhnlichen Belastung: _____ EUR

V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß Anlage:

1. Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: _____ EUR

2. Einnahmeerhöhungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: _____ EUR

VI. Höhe der beantragten Zuweisung: _____ EUR

VII. Fördermittel für kommunale Investitionen (ohne Kredite) – Stand zum Zeitpunkt der Antragstellung

1. Beantragte Fördermittel insgesamt _____ EUR

2. Bewilligte Fördermittel (nach Arten) _____ EUR

3. In Anspruch genommene Fördermittel _____ EUR

VIII. Zielstellung des Gutachtens/des Projektes

(Kurze Beschreibung der geplanten Ziele, zum Beispiel Senkung des Haushaltsdefizites, mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung)

IX. Begründung des Antrages einschließlich der Begründung eines eventuell entstandenen Fehlbetrages oder der außergewöhnlichen Belastung (Nachweis der offenen Kostendeckung innerhalb von drei Jahren)

X. Sonstige Erläuterungen

XI. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

Übersicht zur Haushaltslage vor und nach Konsolidierung

Antrag der Gemeinde _____ Antrag des Landkreises _____	Gruppierungs- Nummer	HH-Plan Ausgleichsjahr	Mittelfristige Finanzplanung							
			gemäß	nach	gemäß	nach	gemäß	nach	gemäß	nach
			Ausgleichsjahr	Konsolidierung	Ausgleichsjahr	Konsolidierung	Ausgleichsjahr	Konsolidierung	Ausgleichsjahr	Konsolidierung
			1. Folgejahr		2. Folgejahr		3. Folgejahr		4. Folgejahr	
TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	
Zuführung vom VWH	30									
abzüglich Zuführung zum VWH	90									
(Tilgung von Krediten)	(97)									
abzüglich davon: ordentliche Tilgung von Krediten	9771									
abzüglich Kreditbeschaffungskosten	990									
abzüglich Deckung von Fehlbeträgen	992									
abzüglich Zuführung an Rücklagen zur Sicherung des Mindestrücklagenbestandes	91									
abzüglich Zuführung an Rücklagen zur Sicherung künftiger Belastungen aus Bürgschaften und kreditähnlichen Rechtsgeschäften	91									
Netto-Investitions-Rate										

Differenz Zieljahr – Ausgleichsjahr

davon 80 vom Hundert

_____ mögliche Bedarfszuweisung in Form einer zinslosen rückzahlbaren Überbrückungshilfe

Über die Rechtsaufsichtsbehörde an
die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort _____, den _____

Fernsprecher _____

Aktenzeichen _____

Antrag
auf Gewährung einer einmaligen Bedarfszuweisung
zur Förderung eines sozialverträglichen Personalabbaus
gemäß § 22 Satz 2 Nr. 3 FAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Maßnahme (möglichst kurze, aber eindeutige Beschreibung der Maßnahme; gegebenenfalls auf einem gesonderten Blatt)

--

III. Gesamtkosten

	EUR	Gesamtkosten laut Anlage 4, Seiten 3 bis 5 der VwV Bedarfszuweisungen
	EUR	davon förderfähig nach tarifrechtlichen Regelungen

IV. Zu den förderfähigen Gesamtkosten wird folgende einmalige Bedarfszuweisung beantragt:

	EUR	(65 vom Hundert der förderfähigen Gesamtkosten)
--	-----	---

V. Finanzierung der Maßnahme

Zuwendung laut Nummer 4	_____	EUR
Beiträge Dritter	_____	EUR
Eigenmittel (Nachweis durch Haushaltsplan des vergangenen Haushaltsjahres beziehungsweise Nachtragshaushalt)	_____	EUR

VI. Begründung des Antrages

- a) Nachweis des Personalabbaus (Personalstrukturplan des Ausgleichsjahres und des folgenden Jahres)
- b) Erläuterungen

VII. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Anlagen und gegebenenfalls weiterer Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Das unter Zahlung der geförderten Abfindung ausscheidende Personal wird nicht innerhalb von sechs Monaten wieder eingestellt beziehungsweise nicht in kommunalen Unternehmen nach §§ 95 bis 97 SächsGemO oder in kommunalen Zweckverbänden nach §§ 44 bis 57 SächsKomZG in der jeweils geltenden Fassung weiterbeschäftigt.
- c) Die durch Vereinbarung von Altersteilzeitarbeitsverhältnissen frei werdenden Stellen werden nicht wieder besetzt, es sei denn mit Absolventen der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen (gehobener Dienst).
- d) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

Anlage zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zum sozialverträglichen Personalabbau

hier: Beendigung von Arbeitsverhältnissen durch Vereinbarung oder durch betriebsbedingte Kündigung unter Zahlung einer Abfindung

Name der Gebietskörperschaft: _____

Lfd. Nr.	Datum des Auflösungsvertrages (A*) beziehungsweise der betriebsbedingten Kündigung (B*)	Geburtsdatum des Arbeitnehmers	Vergütungsgruppe	Anzahl der Beschäftigungsjahre	Angabe der Beschäftigung Vollzeit (VZ*) und Teilzeit (TZ*) mit Angabe der Teilzeit	Die der Abfindungszahlung zugrunde liegende Monatsvergütung nach dem geltenden Sozialtarifvertrag	Tatsächlich gezahlte Abfindung	Förderfähige Abfindungszahlung nach dem geltenden Sozialtarifvertrag	Höhe der beantragten Zuweisungen	Prüfungsvermerke der Bewilligungsbehörde
	vom zum A/B					EUR	EUR	EUR	EUR	
Zwischensumme oder Endsumme (nicht Zutreffendes bitte streichen)										

* Die Art der Beendigung des Arbeitsverhältnisses und die Beschäftigung (Voll- oder Teilzeit) ist durch die jeweiligen Buchstaben zu kennzeichnen, bei Teilzeit ist die Dauer mit anzugeben.

Anlage zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zum sozialverträglichen Personalabbau

hier: Übergang von Arbeitsverhältnissen im Rahmen eines Betriebsüberganges gemäß § 613a BGB

Name der Gebietskörperschaft: _____

Lfd. Nr.	Datum des Betriebsübergangs	Vergütungsgruppe; Vollzeit/Teilzeit*	Bisherige Vergütung			Vergütung beim Übernehmer innerhalb der Jahresfrist des § 613a Abs. 1 Satz 2 BGB			Personal-kostenzuschuss an den Übernehmer	Abfindung als Obergrenze der zuwendungsfähigen Ausgaben				
			Monatsvergütungen des Arbeitnehmers brutto	Urlaubsgeld, jährliche Sonderzuwendung, Einmalzahlung	Bisherige Jahresbruttovergütung des Arbeitnehmers zuzüglich Arbeitgeberanteil**	Monatsvergütungen des Arbeitnehmers brutto	Urlaubsgeld, jährliche Sonderzuwendung	Summe Jahresbruttovergütung des Arbeitnehmers zuzüglich Arbeitgeberanteil**		Für Abfindungszahlung bei Vertragsauflösung maßgebliche Monatsvergütung	Tarifvertragliche Höchstgrenze für Abfindung bei Vertragsauflösung	Anzahl der Beschäftigungsjahre	Beantragte Zuweisung (65 Prozent des Personalkostenzuschusses beziehungsweise der Abfindung)	Prüfungsvermerke der Bewilligungsbehörde
			EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		EUR	
Zwischensumme oder Endsumme (nicht Zutreffendes bitte streichen)														

* Die Beschäftigung ist durch die Buchstaben VZ (Vollzeit) beziehungsweise TZ (Teilzeit) zu kennzeichnen, bei Teilzeit ist die Dauer mit anzugeben.

** einschließlich Leistungen des Arbeitgebers zur betrieblichen Altersversorgung

Über die Rechtsaufsichtsbehörde an
die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort _____, den _____

Fernsprecher _____

Aktenzeichen _____

Antrag
auf Gewährung einer Bedarfszuweisung
zur Förderung der Einstellung von Studenten der Fachhochschule
der sächsischen Verwaltung Meißen gemäß § 22 Satz 2 Nr. 4 FAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)

II. Bezeichnung der Studenten (genaue Angaben ergeben sich aus den Unterlagen, die dem Antrag beigelegt sind)

(Listenmäßige Aufführung der Teilnehmer als Anlage)
Bezeichnung des Studiengangs
Voraussichtliche Dauer des Studiums vom _____ bis zum _____

III. Höhe des Ausbildungskostenzuschusses (bei mehreren Studenten ergibt sich die listenmäßige Darstellung als Anlage zu diesem Antrag)

<input type="checkbox"/> Monatliche Ausbildungskosten je Student im Ausbildungsjahr
2002/2003 _____ EUR
2003/2004 _____ EUR

Gesamte Ausbildungskosten je Student im Ausbildungsjahr

2002/2003 _____ EUR

2003/2004 _____ EUR

Beantragter Zuschuss je Student für das Ausbildungsjahr

2002/2003 _____ EUR

2003/2004 _____ EUR

IV. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

Hinweis: Es wird auf die Bestimmungen gemäß Abschnitt IV. Ziff. 4 Buchst. c der VwV Bedarfszuweisungen aufmerksam gemacht. Für den Fall der Bewilligung bleibt die Rückforderung eines Anteils der Fördersumme vorbehalten. Aus diesem Grund wird empfohlen, die Beschäftigungsverhältnisse mit den Absolventen derart vertraglich auszugestalten, dass bei diesen eine entsprechende Rückforderung möglich bleibt.

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
und das Regierungspräsidium
an das Sächsische Staatsministerium
der Finanzen¹
Carolaplatz 1

01097 Dresden

Ort _____, den _____

Fernsprecher _____

Aktenzeichen _____

Zutreffendes bitte ankreuzen

Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung

zur Förderung eines freiwilligen

- Kreiszusammenschlusses gemäß § 22 Satz 2 Nr. 5 FAG
- Gemeindezusammenschlusses gemäß § 22 Satz 2 Nr. 5 FAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Höhe der beantragten Zuweisung:

_____ EUR

III. Begründung des Antrages

(gegebenenfalls auf gesondertem Blatt)

¹ Nur bei Anträgen gemäß § 22 Satz 2 Nr. 5 Satz 3 FAG.

IV. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag einschließlich Antragsunterlagen gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

V. Anlagen

- Urkunde über den freiwilligen Kreis-/Gemeindezusammenschluss
- Gründungsdokument der neuen Gebietskörperschaft (beglaubigte Abschrift)
- Entwurf des Haushaltsplanes der neuen Einheitsgemeinde

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift